

# Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Mörschdahn, Ammelshain, Deucha, Dorsdorf, Gieba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleider, Klinga, Köhrra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Threna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtsbeamtenhilfe, Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Verfügungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Befreiung monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Zeitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Bsp.) 50 Pfg. Lokal. 50% Zuschlag. Bei unentgeltlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Bureau: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 31

Sonntagabend, den 10. März 1928

39. Jahrgang

## Amthliches.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 12. und Dienstag, den 13. März 1928 geschlossen.  
Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.  
Naunhof, am 7. März 1928. Der Stadtrat.

## Kirchgemeindevertretungswahl Naunhof.

Die wahlberechtigten Kirchgemeindeglieder werden nochmals auf die Kirchgemeindevertretungswahl morgen, Sonntag, 11. März, vormittags 7, 12 — nachmittags 2 Uhr, im Pfarrhaus des Pfarrhauses hingewiesen.  
Der Wahlort wird öffentlich geschlossen. Wahlberechtigte, denen noch nicht der amtliche Wahlzettel zugegangen ist, wollen diesen umgehend im Pfarramt einholen.  
Mittägliche Beilegung an der Wahl wird erbeten.  
Naunhof, 10. März 1928.

## Versteigerung.

Dienstag, den 13. d. Mts., vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im Rathaus 1 Böhmermann, 1 Gelbfuß, 1 runder Tisch, 3 große mehrteilige Holzschalen, 1 etwa 3 Meter langer Schreibschreibtisch, gegen sofortige Barzahlung öffentlich an den Meistbietenden versteigert werden.  
Naunhof, am 10. 3. 1928. Der Verwaltungs-Vollstreckungsbeamte Gärdner.

## Unheiliger Krieg.

Unbezahlte Rechnungen. — Eine überlegene Herrschernatur. Der polnische Kleinrieg.

Wir haben eben erst, nach mehr als vierzehntägiger Dauer, den Besuch des Königs von Afghanistan in Deutschlands wichtigsten Städten und Industriezentren überstanden. Schon beginnt die Öffentlichkeit sich in mehr oder weniger liebenswürdigster Form mit den Kosten und Gefahren, mit den Hoffnungen und Enttäuschungen zu beschäftigen, die dieser Besuch aus dem Vorkriegslande dem Deutschen Reich und seiner Hauptstadt verursacht hat. Der nachträglich seinem Ärger über manche Wertwürdigkeit dieser hohen Staatsaktion mit Spötteleien und Wohlwolligkeiten Luft machen will, der findet dazu überreichen Anlass, auch wenn er sich nur über die vielen unbezahlten Rechnungen hermachen wollte, die in dem prächtigen Palais in der Wilhelmstraße zurückerhalten sind. Aber Aman Allah und die Damen und Herren seiner Begleitung wollen ja im März oder im April sich noch einmal für kurze Zeit bei uns sehen lassen. Vielleicht wird dann noch dies und das in Ordnung gebracht, was wir in solchen Dingen etwas pedantisch veranlagten Deutschen lieber gleich beim Abschluss der großen Staatsvisite gern auf Heller und Pfennig erledigt gegeben hätten.

Zur gleichen Zeit, da der Beherrscher von Afghanistan seine Schritte nun nach England lenkt, ist man dort von der Nachricht überrascht worden, daß ein anderer König aus dem Morgenland, Ibn Saud, der König der Hedschas, an zwei seiner Nachbarländer den heiligen Krieg erklärt hat. Hier soll man es, wenn die Berichte der wenigen Europäer, die mit ihm bisher in persönliche Berührung gekommen sind, den Tatsachen entsprechen, mit einer wahrhaft überlegenen Herrschernatur zu tun haben, deren staatsmännische Fähigkeiten sich bereits in dem systematischen Aufbau eines großen unabhängigen Arabischen Reiches unter außerordentlichen Schwierigkeiten erprobt hätten. Wichtig ist es jedenfalls, daß Ibn Saud den Einfluß des Britischen Reiches in Vorderasien Schritt um Schritt zurückgedrängt und seinen Machtbereich in zielbewußtem Ringen auf arabische Stämme ausgedehnt und gesichert hat, die bis dahin sich keiner fremden Gewalt unterworfen hatten. Jetzt will er weiter nach Westen vorstoßen und damit englischem Kolonial- und Mandatsbesitz zu Leibe gehen. Schon werden an der Grenze von Transjordanien große militärische Vorbereitungen getroffen, Luftstreikräfte konzentriert, Tankgeschwader aufgestellt und was dergleichen eindrucksvolle Überzeugungsmittel mehr sind. Von englischer Seite wird dieser Krieg, wenn er wirklich zum Ausbruch kommt, bestimmt mit sehr unheiligen Mitteln durchgeführt werden, denn in gewissen Dingen verstehen die Londoner Befehlshaber, so nachsichtig sie sich auch sonst vielfach im Verkehr mit fremden Völkern niedriger Kulturstufe zeigen, durchaus keinen Spaß. Daß sie hier ernstlich mit einem Aufstand der ganzen arabischen Welt und mit einer Erhebung des Islams zu rechnen haben, darüber werden sie sich sehr leicht im Zusammenhang mit den weltlichen Verbindungen, denen ihre Beauftragten gerade jetzt in Arabien begegnen, gewiß nicht unterschätzen. Hier eröffnen sich ihnen mit einer Widohtsicht, die vielleicht nur für genaue Kenner des Orients nichts Überraschendes hat, sehr unerwünschte politische-militärische Aussichten, die wohl auch ohne weiteres als notwendige Fernwirkungen des Weltkrieges mit seiner unheiligen Aufrührung der farbigen Völker gegen die weiße Rasse gelten müssen. Auch eine unbezahlte

## Pflege deutscher Kultur

### Reichsmittel für kulturelle Zwecke.

Der Nachtragsetat für 1927.  
Der Nachtragsetat für 1927 liegt jetzt dem Reichstag vor. Er enthält neben den Forderungen für die Besetzung der Stellen für die Liquidation der Reichsbank, für die Grenzgebiete, für die Sozial- und Arbeitsämter, für die Unversetzungsstellen, für die Anleiheabteilung, für die Abfindung von Landentwürfen und neben den sieben Millionen zur Abwicklung der Höfungsangelegenheiten noch zahlreiche kleinere Anforderungen. So werden die Summen zur Pflege kultureller, humanitärer und wissenschaftlicher Beziehungen zum Auslande um 2,5 Millionen, die Unterhaltungsarbeiten und  
Beihilfen für Deutsche im Auslande um 1.045.000 Mark und die Teilbeiträge zur Errichtung des Reichsarchivs in Rom um 900.000 Mark erhöht. Als Zuschüsse für Neu- und Erweiterungsbauten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden 1,4 Millionen, für die Kubentische Wirtschaftshilfe 450.000 Mark mehr angefordert. Der Betrag für die Unterhaltung besonderer kultureller Aufgaben im Interesse des Deutschen wird um 750.000 Mark erhöht. Als Zuschuß zum Bau eines Studiengebäudes für das Deutsche Museum in München werden 200.000 Mark, als  
Reichszuschuß an den Deutschen Sängerbund für die Teilnahme am Sängerbundestag in Wien 100.000 Mark, als Baukostenzuschuß für das Deutsche Hygienemuseum in Dresden weitere 500.000 Mark angefordert. Für dringende Berichtungsarbeiten am Grundmaterial für die amtlichen Kartenwerke des Reichsamts für Landesaufnahme sind 800.000 Mark vorzuschreiben, für die Erweiterung der Einom-

men- und Körperschaftssteuerstatistik und zur Durchführung einer Lohnsteuerstatistik 1.321.050 Mark. Zur Beschaffung von Dauerreitern für die Reichsreiterschule sollen 4.050.000 Mark dienen. Zur Verwirklichung des Wunsches von Darlehen zur Förderung der Wirtschaft wird ein erster Teilbetrag von 1,5 Millionen Mark angefordert. Diese Finanzverfügung soll für fünf aufeinanderfolgende Jahre gewährt werden. Als Beitrag zu den Kosten für den Umbau der Ostbahnbrücken über die Oder und Warthe bei Küstrin wird ein Ergänzungsbetrag von 380.000 Mark angefordert. Zur Unterbringung von Volkshilfsstellen in Reich und den Neubau einer Volkshilfsstelle sollen 331.700 Mark dienen. Der Betrag für die Förderung von Anstalten und Einrichtungen der  
privaten Wohlfahrtspflege wird um zwei Millionen Mark erhöht. Der Nachtragsetat ermächtigt ferner den Reichsfinanzminister, die Garantie dafür zu übernehmen, daß für einen Betrag von 225 Millionen Goldmark  
Vorgangsaktien der Deutschen Reichsbankgesellschaft bzw. für die darüber auszugebenden Zertifikate eine Dividende von 7 Prozent jährlich gezahlt wird. Ferner sollen zur Rationalisierung industrieller Betriebe in besonders gefährdeten Grenzgebieten Garantien bis zu 12 Millionen Mark übernommen werden. Es handelt sich hier besonders um das Halbenburger Kohlenrevier. Schließlich soll zur Beschaffung von Dämmmitteln für die von Unwetterschäden betroffenen Gebiete Pommerns eine Garantie bis zu 3,5 Millionen Mark übernommen werden.

geliebene Rechnung — nur daß hier die Zahlungspflicht auf der europäischen Seite zu liegen scheint!

Im Grunde genommen dürfen freilich die Träger der europäischen Kultur sich nicht darüber wundern, daß die Großen dieser erst im Erwachen begriffenen fremden Welt für die Heiligkeit von Verträgen immer weniger Verständnis zeigen. Geben ihnen doch die weißen Regierungen darin mit auffällig-schlechtem Beispiel voran. So erinnert man sich wohl noch der eben gehörten melancholischen Feststellung unseres Reichswirtschaftsministers Curtius, daß der deutsch-englische Handelsvertrag nicht gehalten habe, was er versprochen, weil die englische Regierung es für richtig befand, seine Wirkungen durch mehr oder weniger vertragswidrige Einfuhr von Hochschulzöllen auf bestimmte Warenarten zu zunichte zu machen. Und der tschechischen Regierung gar mußte Dr. Curtius, zwar nicht mit ausdrücklichen Worten, aber doch deutlich dem Sinne nach, vorhalten, daß sie in einigem Maße hinterhältiger Weise mit der rechten Hand Kaputtgeschläge, was die deutsche Regierung mit der linken Hand zu geben sich anschickte. Von der Polnischen Republik überhaupt nicht zu reden, die, wenigstens im Verkehr mit Deutschland, Abmachungen irgendwelcher Art überhaupt nicht zu respektieren pflegt, sondern Unfreundlichkeiten, ja Ungerechtigkeiten sonder Zahl aufeinanderhäuft, als wenn sie ohne einen ständigen Kleinrieg gegen das westliche Nachbarreich gar nicht auskommen könnte. Wir Deutsche, die wir unsere Staats- und Volkswirtschaft kaum noch aufrechtzuerhalten wissen, müssen diese Handels- und Zollpolitik der Länder um uns herum doch als eine Art unheiligen Krieges empfinden, dessen Ziel offenbar darin besteht, unseren Aufstieg aus der ungeheuren Niedertage des Weltkrieges mit allen Mitteln zu verhindern.  
Dr. Zw.

## Der Dank Aman Allahs.

Depechenwechsel der Staatsoberhäupter.  
Der König von Afghanistan hat aus Kachen folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet: „Im Begriffe, Deutschland zu verlassen, ist es mir und der Königin ein herzliches Bedürfnis, Ihnen, sehr verehrter Herr Reichspräsident, und dem ganzen deutschen Volk unseren aufrichtigsten und innigsten Dank für die uns erwiesene Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir werden an die schönen Tage, die wir in Deutschland verleben durften, stets die freundschaftlichste Erinnerung bewahren. Empfangen Sie die aufrichtigsten Wünsche für Ihr Wohlergehen und für den weiteren Wiederaufstieg des ruhmreichen deutschen Volkes. Aman Allah.“  
Reichspräsident von Hindenburg hat dem König hierauf telegraphisch erwidert: „Eurer Majestät danke ich herzlich für die so freundlichen Abschiedsgrüße. Ich erwidere sie mit den aufrichtigsten Wünschen für einen guten weiteren Verlauf der Reise und das Wohlergehen Eurer Majestät und der Königin sowie für eine glückliche Zukunft des afghanischen Volkes.“ v. Hindenburg.

## Richtlinien des Zentrums.

Wahlvorbereitungen.  
Der Reichsparteivorstand des Zentrums hielt mit den Vorsitzenden der Landesverbände eine Tagung in Berlin ab, an der u. a. auch Reichsarbeitsminister Brauns und Reichsfinanzminister Dr. Köhler teilnahmen. Den Vorsitz führte der zweite Vorsitzende der Zentrumspartei, Dr. Steinerwald.

In dem einleitenden Referat, das Steinerwald erstattete, wurde in der Hauptsache das Problem „Reich und Länder“ eingehend behandelt. Hierzu lagen dem Reichsparteivorstand die von dem vor einiger Zeit eingesetzten Reuenerauschuß ausgearbeiteten Richtlinien vor, die das Problem unter Berücksichtigung der föderativen Grund-einstellung des Zentrums behandeln.

Die politische Aussprache wurde mit einem Referat des Generalsekretärs Dr. Fiedel eingeleitet, der sich hauptsächlich mit den Aufgaben des kommenden Wahlkampfes beschäftigte. Zur Vorbereitung des Wahlauftrufs wurde eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion und der preussischen Landtagsfraktion eingesetzt. Der Wahlauftritt soll bis zum 12. April fertiggestellt und dem Reichsparteiauschuß des Zentrums vorgelegt werden. Am 11. April findet eine Sitzung des Reichsparteivorstandes statt, die endgültig die Reichsliste aufstellen soll.

## Bauernbewegung vor den Wahlen.

Wie stellen sich die Wähler?

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine erläßt eine Rundgebung, in der es u. a. heißt:

Die bevorstehenden politischen Wahlen müssen die Entscheidung bringen über die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Diese Entscheidung wird davon abhängen, wie stark der bäuerliche Einfluß im kommenden Reichstag und in den Landtagen sein wird. Bei der ungeheuren Wichtigkeit dieser Wahlen ist es vor allen Dingen notwendig, daß jeder Bauer mit seinen wahlberechtigten Angehörigen unbedingt seine Wahlpflicht erfüllt. Die zweitwichtigste Frage für jeden bäuerlichen Wähler ist die, welcher politischen Partei er seine Stimme geben kann oder muß. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine ist parteipolitisch neutral und hat grundsätzlich ihren Einfluß durch die bestehenden, der Landwirtschaft nachstehenden politischen Parteien ausgeübt. Nach gewissenhafter Prüfung der Sachlage hält die Vereinigung auch jetzt an diesem Standpunkt unerschütterlich fest. Das gilt insbesondere gegenüber den neu auftretenden Bestrebungen, die Landwirtschaft in besonderen politischen Bauernparteiern zusammenzufassen. Die Gründung solcher Bauernparteiern ist besonders dann zu verurteilen, wenn sie von Parteien aus parteipolitischen Gründen unter Hintanhaltung der Einigkeit und Geschlossenheit des Bauernstandes erfolgt. Von den politischen Parteien muß verlangt werden, daß sie vor ihre bäuerlichen Wähler mit einem Agrarprogramm treten, das die Gesundheit und Rentabilität der Landwirtschaft sicherstellt.

## Christlich-nationale Landvolkpartei.

In Weimar fand eine Vertreterversammlung der neugegründeten Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei statt. Es wurde eine Entschließung gefaßt, die besagt: „Das geschlossene austretende Landvolk Deutschlands hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß es von der heutigen Parteiwirtschaft befreit sein will. Es fühlt sich stark genug, auch in den gesetzgebenden Körperschaften in eigener Fraktion seine Interessen, frei von parteipolitischen Bindungen, selbst durchzusetzen. Landvolk- oder Bauernlisten, die lediglich dazu bestimmt sind, auf Umwegen den politischen Parteien Wähler und den parteipolitischen Fraktionen Abgeordnete zuzuführen, lehnt die Christlich-nationale Landvolk- und Bauernpartei ab.“

## Drei Arbeiter von abhürgenden Gewerkschaften erschlagen.

Frankfurt a. M. In einem Steinbruch der Rhein-Wein-Tonau A.-G. bei Burgstadt in Unterfranken wurden drei dort tätige Arbeiter von herabstürzenden Gesteinsmassen erschlagen. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß sich durch die anhaltenden Regengüsse der letzten Monate die Bergmassen gelockert hatten.